

Paracelsus-Spital Richterswil Schul- und Komplementärmedizin unter einem Dach

# Misteltherapie für Krebskranke

Das Paracelsus-Spital in Richterswil ist in erster Linie ein normales Akutspital. Neben der Schulmedizin bietet es aber als einziges Spital im Kanton Zürich auch anthroposophische Heilmethoden an.

Andrea Kucera



«Zukunft mit Komplementärmedizin: Ja!» – Das Plakat mit der Abstimmungsparole im Hinblick auf den 17. Mai steht an prominenter Stelle auf der Wiese vor dem Paracelsus-Spital in Richterswil. Wer, vom See her kommend, mit dem Auto Richtung Samstagern fährt, kann es nicht übersehen. Das komplementärmedizinische Spital hat auch guten Grund, für die Annahme der Vorlage zu werben. Schliesslich setzt es genau das um, was die Abstimmungsvorlage fordert: mehr Zusammenarbeit zwischen der Schulmedizin und alternativen Heilmethoden. Es wäre durch ein Nein zwar nicht direkt in seiner Existenz bedroht, mutmasst Spitalleiter Lukas Rist. Aber ein Ja gäbe seinem Spital die nötige politische Sicherheit, um ab 2012 vom Kanton subventioniert zu werden. Zurzeit verfügt die Klinik zwar über einen öffentlichen Leistungsauftrag. Sie muss sich aber über einen privaten Trägerverein finanzieren.

## Basis ist die Schulmedizin

Von der medizinischen Grundversorgung her funktioniert das Paracelsus-Spital wie ein normales Akutspital. Ergänzend zur Schulmedizin bietet es aber auch alternative Heilmethoden – insbesondere anthroposophischer Ausrichtung – an. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, dass Krebspatienten zusätzlich zur Chemotherapie mit Mistelextrakten behandelt werden. Die Misteltherapie dient dabei nicht nur der Behandlung des Tumors, sondern auch der Steigerung der Lebensqualität, indem sie die Verträglichkeit der Chemo-

therapie verbessern und deren Nebenwirkungen mindern kann.

Augenfällig wird die komplementärmedizinische Ausrichtung im Therapiebereich im dritten Stock der Klinik: Eine Staffelei sowie verschiedene Pinsel und andere Malutensilien erinnern eher an ein Atelier als an eine medizinische Einrichtung. In der Tat handelt es sich um ein Atelier – allerdings wird es zu Therapiezwecken benutzt: Die Patientinnen und Patienten sollen durch den Umgang mit Pinsel und Farbe ihre Selbstheilungskräfte aktivieren. Gleich neben der Maltherapie wird die Heileurythmie praktiziert. Sie ist eine weitere anthroposophische Therapieform, die auf die heilende Wirkung von rhythmischen Bewegungen schwört. Verschrieben wird sie unter anderem vor Operationen, um den Körper auf den chirurgischen Eingriff vorzubereiten.

Schliesslich wird im Paracelsus-Spital auch operiert, wie Rist betont: Der Fokus der Paracelsus-Klinik liege zwar auf einer sanften Medizin, die neben den körperlichen auch die seelischen und sozialen Aspekte einer Krankheit berücksichtige, aber die Basis aller Behandlungen sei die Schulmedizin: «Dazu gehört auch die Chirurgie.» Schliesslich setzt es genau das um, was

die Abstimmungsvorlage fordert: mehr Zusammenarbeit zwischen der Schulmedizin und alternativen Heilmethoden. Entsprechend haben alle Ärzte des Spitals ein klassisches Medizinstudium absolviert. Sie verfügen darüber hinaus aber über eine Zusatzausbildung in anthroposophischer Medizin; je nach Diagnose verordnen sie die eine oder andere Heilmethode.

## Zunehmender Kostendruck

Die alternative Ausrichtung des Paracelsus-Spitals findet neben dem Medizinischen auch in der Pflege und im «Ambiente» der Klinik Niederschlag: So werden zum Beispiel zusätzlich zur klassischen Körperpflege Wickel und Einreibungen mit Öl verabreicht. Wert gelegt wird auch auf die Verwendung von natürlichen Materialien in der Zimmerausrüstung sowie auf die Ökologie: So verarbeitet die Spitalküche ausschliesslich biologische Zutaten, und auch die Reinigungsmittel enthalten keine Chemie. Um den Elektromog möglichst gering zu halten, werden nachts in den Patientenzimmern die Stromkreisläufe unterbrochen. Zudem steht in den Zimmern in der Regel auch kein Fernseher.

Für zwei ältere Patientinnen war dieser Umstand zunächst gewöhnungsbe-

dürftig: Sie habe ihre Lieblingssendungen zu Beginn schon vermisst, meint die eine. Aber letztlich habe das Fehlen des Fernsehers auch sein Gutes: Sie sei ruhiger geworden und denke mehr an sich. Beide Patientinnen sind froh, dass sie ins Paracelsus-Spital eingewiesen worden sind. Sie schätze insbesondere die menschliche Zuwendung, sagt eine Herzpatientin, die ihr hier zuteil würde: «Egal, ob Pfleger oder Ärzte, alle nehmen sich die Zeit für ein Gespräch.» In andern Spitälern habe sie schon ganz andere Erfahrungen gemacht: Da müsse immer alles schnell gehen, und man werde nach der Behandlung jeweils möglichst bald wieder entlassen.

Auch im Paracelsus-Spital macht sich der Kostendruck bemerkbar. Weil es nicht mit öffentlichen Geldern subventioniert wird, müssen die Krankenkassen die gesamte Behandlung ausschliesslich der anthroposophischen Therapien bezahlen. «Entsprechend machen die Kassen Druck», erklärt Spitalleiter Rist, «dass wir unsere Patienten schnell wieder entlassen.» Aus seiner Sicht ist dies aber eine kurzfristige Betrachtungsweise: Eine nachhaltige Behandlung möge zwar auf den ersten Blick teurer erscheinen, «aber längerfristig kommt sie billiger».



Das Paracelsus-Spital in Richterswil setzt schon heute das um, was die Abstimmungsvorlage zur Komplementärmedizin fordert: mehr Zusammenarbeit zwischen der Schulmedizin und alternativen Heilmethoden. (zvg)

## Wirtschaftskrise

### «Drittes Konjunkturpaket kommt»

Das dritte Konjunkturpaket wird kommen, der Bundesrat wird es beschliessen. Dies kündigt Bundesrat Moritz Leuenberger in einem am Samstag veröffentlichten Interview mit der «Mittelland-Zeitung» und der «Südostschweiz» an.

Falls sich die Landesregierung im Juni dazu entschliesst, ein drittes Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft zu schnüren, hat das Departement Leuenberger Vorschläge für Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde Franken in der Schublade. Sein Anliegen sei es, dass nachhaltige Projekte aufgenommen würden, sagt Leuenberger.

Als Sofortmassnahme schlägt der Umwelt- und Verkehrsminister vor, dass die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe schneller erstattet werden. Das gibt laut Leuenberger für das Jahr 2010 rund 500 Millionen Franken, die an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückfliessen und die Kaufkraft unmittelbar erhöhen. Als weitere Massnahmen will Leuenberger Gebäudesanierungen sowie den Ersatz von Öl- und Elektroheizungen vorschlagen. Ferner möchte der SP-Bundesrat innovative Technologien für eine saubere Umwelt, Fernwärmeprojekte und Weiterbildungsinvestitionen fördern. Über das dritte Konjunkturpaket hat der Bundesrat vorletzte Woche zum ersten Mal diskutiert. Ob das Programm ausgelöst wird, soll im Juni aufgrund der Wirtschaftsprognosen entschieden werden. (sda)

## Gesundheitskosten Ärzte und Spitäler empört

### Santésuisse will die Preise und Tarife einfrieren

Der Krankenkassenverband Santésuisse will den Ärzten und Spitälern ab 2010 vorerst keine Tarif- und Preiserhöhungen zugestehen.

Santésuisse beruft sich mit seinem Vorstoss auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG). Das KVG besage, dass Preise und Tarife nicht erhöht werden dürften, wenn die Kostensteigerung doppelt so hoch sei wie die Teuerung, erklärte Santésuisse-Sprecher Felix Schneuwly zu entsprechenden Meldungen der «NZZ am Sonntag» und des «SonntagsBlicks».

Auslöser für den letzte Woche an die Ärzteschaften, die Spitäler und die Gesundheitsdirektoren brieflich unterbreiteten Entscheid des Santésuisse-Verwaltungsrats ist die Prognose des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Demnach wird für 2010 eine durchschnittliche Prämiensteigerung von mindestens 10 Prozent erwartet. Die Mitte April publizierte BAG-Prognose basiert unter anderem auf den Resultaten der Krankenversicherer vom letzten Jahr. Total schrieben die Kassen 2008 einen Verlust von 800 Millionen Franken.

Santésuisse sei verpflichtet, dem entsprechenden Artikel im KVG Rechnung

zu tragen und wolle mit den Ärzten und Spitälern darüber diskutieren, was man in einer solchen Situation machen könne, sagte Schneuwly. Dabei solle nicht nur über Preise und Tarife diskutiert werden, sondern auch über andere Aspekte wie die Mengenausweitung und die Angebotsverweigerung.

## Ärzte und Spitäler brüskiert

Der Brief von Santésuisse löste Empörung aus. Es sei ein Skandal, dass Santésuisse die Verträge zwischen Ärzten und Versicherern nicht respektiere, sagte Jacques de Haller, Präsident der Schweizer Ärzteverbände FMH, auf Anfrage. Dass sich Santésuisse auf das KVG berufe, sei völlig daneben und nicht akzeptabel. Nur der Bundesrat könne solche Massnahmen ergreifen, nicht aber der Verwaltungsrat von Santésuisse.

Dieser Auffassung ist auch der Spitalverband H+. Für dieses Vorgehen gebe es keine gesetzliche Grundlage, sagte H+-Direktor Bernhard Wegmüller auf Anfrage. Sowohl H+ als auch die FMH interpretieren den Vorstoss von Santésuisse als eigentliche Verhandlungsverweigerung. Das Vorgehen von Santésuisse werde so nicht akzeptiert, und die Reaktion der FMH werde harsch sein, sagte de Haller. H+ hat Santésuisse angeschrieben und um Erklärungen ersucht. (sda)

## Blauring/Jungwacht

### Fusion wird Tatsache

Nun wird es Tatsache: Nach über 75 Jahren fusionieren die beiden katholischen Kinder- und Jugendverbände Blauring und Jungwacht. Dies beschliessen die Delegierten beider Verbände am Wochenende an ihrer Versammlung in Luzern. Die Fusion werde rückwirkend per 1. Januar 2009 vollzogen, teilten die beiden Verbände am Sonntag mit. Der fusionierte Verband hat rund 31 000 Mitglieder und wird den Namen Jungwacht Blauring Schweiz tragen. Für die bisherigen Mitglieder und die Scharen auf regionaler und lokaler Ebene bringe die Fusion keine nennenswerten Änderungen mit sich, heisst es weiter. (sda)

## Schweiz - Israel

### «Beziehungen so schlecht wie noch nie»

Wegen der Schweizer Iran-Politik seien die Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel so schlecht wie noch nie, sagt Israels Botschafter Ilan Elgar in der «NZZ am Sonntag». Das Vorgehen der Schweiz vergleicht er mit der Appeasement-Politik gegenüber Hitler.

Wie damals in den 30er Jahren, als man die Tschechoslowakei dem Frieden zuliebe geopfert habe, sei es auch jetzt nicht möglich, eine gefährliche Regierung mit Zugeständnissen zur Mässigung zu bewegen, sagt Elgar im Interview. (sda)



Ein Bild, das vorerst erhalten bleibt: die Glarner Landsgemeinde. (key)

## Glarus

### Landsgemeinde bleibt erhalten

Die Glarner Landsgemeinde bleibt in ihrer traditionellen Form erhalten. Knappe Entscheide im Ring werden nicht an die Urne delegiert.

Insgesamt 16 Geschäfte verabschiedete die Versammlung am Sonntag in Glarus. Alle Vorlagen wurden bei prächtigem Wetter in dreieinhalb Stunden im Sinne der Regierung und des Kantonsparlamentes genehmigt. Nicht den Hauch einer Chance hatte der Antrag eines Stimmbürgers, bei nicht eindeutigen Entscheiden im Ring eine Urnenabstimmung einzuführen. Der so genannte Memorialsantrag erhielt lediglich einzelne Stimmen. Die Glarner Regierungspräsidentin, Frau Landammann Marianne Dürst, hatte vor einem Attraktivitätsverlust und einer schlechenden Abschaffung der Landsgemeinde gewarnt.

Dennoch könnte es zu einer Änderung kommen. Das Parlament, der Landrat, hat die Regierung beauftragt, die Frage einer elektronischen Abstimmungshilfe an der Landsgemeinde im Verlaufe der nächsten Legislaturperiode vertieft abzuklären.

Am meisten zu reden gab der Kredit von 4,5 Millionen Franken für die Projektierung der Umfahrung vom A3-Zubringer bis Glarus. Ein Ablehnungsantrag wurde ebenso verworfen wie der Antrag, die Projektierungskosten der Umfahrung von Glarus vom Gesamtkredit herauszulösen und das Geld für andere Zwecke einzusetzen.

Diskussionslos verabschiedet wurde die Steuergesetzesrevision, mit der alle natürlichen Personen um etwa zehn Prozent entlastet werden. Glarus rückt dadurch in der Belastung ins Mittelfeld der Kantone vor. Die Steuerausfälle betragen gegen 20 Millionen Franken pro Jahr. (sda)

## SVP

### Zurück zur Migrationspolitik

Mit der Abwahl von Christoph Blocher ist für die SVP die Misere in die Asyl- und Migrationspolitik zurückgekehrt. An einem Sonderparteitag vom Samstag in Bern haben SVP-Delegierte und Mitglieder die Marschrichtung in Ausländerfragen festgelegt. Mit der Wahl dieses Themas hatte die Parteileitung die Basis nach den internen Richtungskämpfen um Banken und Wirtschaftskrise wieder auf vertrauten Boden zurückgeführt. Die zwei verabschiedeten Grundsatzpapiere enthalten denn auch weitgehend bekannte Forderungen der SVP, wenn auch teilweise in verschärfter Form.

In ihrem «Migrationspapier 2009» kritisiert die Partei die hohe Ausländerkriminalität, die Aushöhlung der Sozialwerke und die Bildung islamischer Parallelgesellschaften. Die SVP sei alarmiert durch diese negativen Konsequenzen der Massenimmigration, sagte Parteipräsident Toni Brunner vor rund 500 Delegierten und Gästen. «Es ist höchste Zeit, die Regeln unseres Landes wieder durchzusetzen. Es ist höchste Zeit, klar zu machen, wer hier Gast ist», rief Brunner in den Saal. Der Berner Nationalrat Adrian Amstutz ortete bei den Hilfswerken eine eigentliche «Asylindustrie». (sda)